



Foto: www.tierschutzbilder.de

Käfigfrei-Kampagne!

Unter der Federführung der "Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt" haben sich verschiedene Tierschutzorganisationen in einem Bündnis vereint, um gegen den Vertrieb und die Verwendung von Käfigeiern im Handel zu agieren. Der *Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.* und *PAKT e.V.* sind auch dabei. Als Erfolg ist zu verzeichnen, dass Lebensmittelkonzerne und Discounter vielfach bereits Käfigeier ausgelistet haben und diese nicht mehr in ihren Geschäften führen. Weiterhin soll nun erreicht werden, dass z.B. auch Süßwarenhersteller bei ihrer Produktion auf die Verwendung von Käfigeiern verzichten. Aktuell wird Ferrero (Ferrero-Küsschen, Mon Cheri etc.) mit unserem Anliegen konfrontiert. Helfen auch Sie mit, bei unserer Käfigfrei-Kampagne entsprechend Protest einzulegen! Untenstehend unser Schreiben an Ferrero. Trotz mehrfachem Anschreiben reagierte man dort nicht. **Schreiben auch SIE an diesen Süßwarenhersteller und teilen Sie ihm mit, was Sie von seinem Geschäftsgebaren halten!**

Ferrero MSC GmbH & Co KG
- Geschäftsleitung -
60624 Frankfurt am Main
per Fax: 069 - 665 666 911 / 6805 288 / 6805 2727

Verwendung von Käfigeiern bei Ferrero

Geehrter Herr Dr. Kendziur, geehrter Herr Quante, geehrter Herr Vassallo, geehrte Damen und Herren der Ferrero-Geschäftsleitung,

Produkte mit Bestandteilen, die aus Tierqualhaltungen stammen, werden, so es den Käufern bewusst wird, von diesen explizit abgelehnt. Das wissen Sie - dies belegen deutlich auch Umfragen.

Käfighühner vegetieren in abartigen, quälerischen KZ-Drahtkäfigen, darin - zur „Legemaschine“ degradiert. Die Ständer (Beine) verkrüppelt mit langverwachsenen Krallen, der Schnabel manchmal gar gekürzt (halb abgeschnitten, angebrannt), um Kannibalismus zu verhindern, der bleiche Hühnerkörper vielfach kahl, halbnackt und oft von blutenden Wunden übersät.

Nicht umsonst ist nach hochrichterlicher Entscheidung (OLG Düsseldorf RdL 1977, 42f.) bei einer solchen Halteform in Engstkäfigen die Titulierung „Hühner-KZ“ zulässig. Erzeugnisse mit Bestandteilen aus solcher Tierqual bewirken bei vielen Menschen schlicht Abscheu und Ekelgefühle.

Das Lebensmittelrecht stellt bei der Beurteilung von Nahrungs- und Genussmitteln nicht nur Voraussetzungen auf, die chemisch messbar sind. So vertritt die Rechtsprechung sogar den Grundsatz, dass Produkte als nicht einwandfrei im Sinne des Lebensmittelrechts angesehen werden können, wenn sie zwar nicht gesundheitsschädlich sind, aber beim Konsumenten, der ihren Zustand oder die Art der Entstehung kennt, starken Widerwillen oder Ekel erregen (BGH v. 06.04.54 - 1 StR 627/53 u.a.).

Beispielsweise mag so amtlich beschautes Hunde- oder Katzenfutter von der messbaren Beschaffenheit gar von „erstklassiger Qualität“ sein - es wird aber dennoch vom Menschen kaum mit Genuss verzehrt werden.-

Nicht nur durch die Preisgestaltung suggeriert Ferrero, den Kunden hochwertigste Qualitätsprodukte anzubieten. Sie sollten diesem Anspruch dann aber auch in der Praxis gerecht werden. Gewiss sind Ihrem Konzern die Untersuchungsergebnisse von Wiener Ernährungswissenschaftlern bekannt, demnach Eier von freilaufenden Hühnern mehr Vitamin A, E und Carotinoide enthalten als die von Käfigtieren.

Mit der Verwendung von Eiern aus Käfig-Tierqualhaltung in den hochpreisigen Ferrero-Produkten betreiben Sie eine massive, folgenschwere Negativwerbung, die kaum noch zu überbieten ist. Sie gefährden so ihre Glaubwürdigkeit: Die Verarbeitung von Käfigeiern steht Ihrem Qualitäts- und Markenanspruch absolut konträr entgegen.

Immer mehr Backwaren- und Süßwarenhersteller sowie Supermarktketten verzichten auf Käfigeier.

Steigen auch Sie um, verwenden auch Sie künftig ausschließlich Eier aus alternativen Haltungssystemen.

Wir erwarten so - gerade in Bezug auf Ihren nach außen stets vollmundig präsentierten Qualitätsanspruch und um Ihre Geschäftsinteressen zu wahren - dass Sie sich dieser Entwicklung anschließen.

In Erwartung einer konkreten Antwortgebung zu dem von uns konkret angesprochenen Problem - und in welchem Zeitrahmen Sie ggf. eine entsprechende Umstellung vornehmen wollen - verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen
Ulrich Dittmann / 23.01.2010
Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.

"Betäubungsloses Schächten von Tieren"

Positives Abstimmungsergebnis im Bundesrat!

Der Bundesrat stimmte am 12. Februar 2010 über einen Gesetzesentwurf des Landes Hessen zur Änderung des sogenannten "Schächtparagraphen" § 4a Abs. 2 Nr.2 TSchG ab. Der Antrag zielt(e) darauf ab, strengere Voraussetzungen beim Schächten von Tieren zu schaffen.

Das Abstimmungsergebnis (Drucksache 901/09 Beschluss) ist erneut positiv verlaufen! Schon 2007 war diese Gesetzesinitiative von den Ländern einmal eingebracht worden - wurde jedoch vom Bundestag nicht umgesetzt. Insbesondere Politiker von FDP, SPD und den Linken hatten sich in der vergangenen Legislaturperiode in dieser Sache wahrlich nicht mit Ruhm bekleckert - praktisch Arbeitsverweigerung praktiziert. Siehe Internetseiten unseres Arbeitskreises (Rubrik Schächten). Hier haben wir akribisch das Versagen der o.a. Parteien publik gemacht.

Nun gilt es wieder, das weitere Prozedere des Gesetzgebungsverfahrens zu durchlaufen - nun stehen unsere Berliner "Volksvertreter" erneut in der Pflicht, Volkes Wille umzusetzen. Neben Bundestierärztekammer, juristischen Vertretungen und natürlich den Tierschutzverbänden sind nach einer repräsentativen Umfrage 79 % der Bundesbürger gegen diese nach hier importierte grauen- und qualvolle Tötungsart - dem betäubungslosen Schächten von Tieren.

„Tierschutz-Extremisten“

Dr. Silvana Koch-Mehrin, MdEP, Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments und Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament, sah sich bemüht, eine sogenannte „Schriftliche Anfrage“ (P-4662/09) in den EU-Rat einzubringen; Betreff: „Tierschutz-Extremisten“ und „ihre Aktionen gegen Einzelpersonen und Unternehmen“, die „in jüngsten Monaten und Jahren in Besorgnis erregender Weise zugenommen haben und eine Gefahr für die Lebenswissenschaften (?) darstellen.“

Es gehe darum, „ein hohes Maß an Vorsicht und Sicherheit sicherzustellen“, und sie fragt weiter, „ob der Rat einen Plan entwickelt, um die Maßnahmen von Polizei und Justizbehörden im Hinblick auf den Umgang mit Tierschutz-Extremisten zu koordinieren?“

Nach kritischen Rückfragen von verschiedenen TierschützerInnen zu ihren den Tierschutz diskriminierenden Auslassungen versandte Koch-Mehrin dann eines der üblichen Politiker-Standardschreiben an Tierfreunde, mit denen sie eingelullt und besänftigt werden sollten.

In dem Koch-Mehrin-Schreiben wurde der Eindruck erweckt, als sei die FDP eine Partei, die sich den Tierschutz geradezu auf die Fahnen geschrieben hätte. Wir vom Tierschutz wissen, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Nachstehend das Schreiben unseres Arbeitskreises an MdEP-Koch-Mehrin-FDP in dieser Sache. **Lassen auch SIE Dr. Koch-Mehrin wissen, was SIE von ihrem Vorgehen gegen den Tierschutz halten!**

E-mail: silvana.koch-mehrin-office@europarl.europa.eu
Fax: +32 2 28 49112

Herausgeber:

Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.
Linnenstraße 5 A
97723 Oberthulba-Frankenbrunn

Redaktion „AK/PAKT-aktuell“:
Roland Dunkel
Tel.: 09736 751552

E-mail: info@arbeitskreis-tierschutz.de

Internet:
www.arbeitskreis-tierschutz.de

1. Vors.: Ulrich Dittmann
Tel.: 06361 3375
Fax: 06361 915014

Bankverbindung:
Kto. Nr.: 1811 11 857
BLZ: 760 100 85
Postbank Nürnberg
IBAN Nr.:
DE92 760100850181111857
BIC: PBNKDEFF

Der Arbeitskreis ist ein eingetragener, gemeinnütziger und steuerbegünstigter Verein. Spenden sind steuerlich absetzbar. Mitgliedsbeitrag: 24,00 €/Jahr.

Politischer Arbeitskreis für Tierrechte in Europa PAKT e.V.

Eduard-Schloemann-Str. 33
c/o Guhde
40237 Düsseldorf

Internet: www.paktev.de
e-Mail: edgar.guhde@web.de

1. Vors.: Dipl.-Pol. Edgar Guhde
Tel.: 0211 6799944
Fax: 03212 4842008

Bankverbindung:
Kto. Nr.: 350 561
BLZ: 37050198
Sparkasse Köln/Bonn

PAKT ist ein eingetragener Verein, gemeinnützig und als besonders förderungswürdig anerkannt.

Für unverlangt eingesandte Texte, Fotos und Datenträger kann keine Haftung übernommen werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Sind engagierte Tierschützer Kriminelle? Wieviel muss sich ein unbescholtener Staatsbürger noch gefallen lassen?

"625 Tage sind vergangen seit dem Überfall auf unser Haus, wo mehr als ein Dutzend Cobra-Beamte und andere PolizistInnen um halb fünf Uhr morgens unser Haus umstellten und es dann stürmten. Wo kistenweise Materialien - der gesamte Lebensnerv des Vereins - abtransportiert wurden; und nicht nur Vereinsbelange, auch privates Eigentum, Bankbelege, etc., sind einfach verpackt und entführt worden; Protest? Wirkungslos! Und was nun? Keine Entschuldigung wird folgen, keine Wiedergutmachung, darauf kann man ruhigen Willens Wetten abschließen!" - schreibt sehr richtig Tom Putzgruber von RespekTiere/Österreich am 3. Februar 2010 in einer Presseerklärung. Denn das Verfahren wurde jetzt eingestellt und RespekTiere von allen Anklagepunkten freigesprochen.

Methoden nach übelster Überwachungsstaatsmanier lassen grüßen. Die Anfrage einer MdEP Koch-Mehrin betreffs „Tierschutz-Extremisten“ vermögen da den Tierschützern nur noch wie blanker Hohn in den Ohren zu klingeln.

Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.

Eingetragener, gemeinnütziger und steuerbegünstigter Verein

Internet: www.arbeitskreis-tierschutz.de - e-mail: info@arbeitskreis-tierschutz.de

Anschrift Geschäftsstelle: Linnenstraße 5 A, 97723 Oberthulba, Frankenbrunn



Vorsitzende der FDP im Europäischen Parlament
Europäisches Parlament
ASP 10G130
60, rue Wiertz
1047 Brüssel

Anfrage von Dr. S. Koch-Mehrin an den EU-Rat „ ... Umgang mit Tierschutz-Extremisten?“

Werte Frau Dr. Koch-Mehrin,

gestatten Sie, ohne übliche Höflichkeitsfloskeln zur Sache zu kommen:

Zuerst versuchen Sie als FDP-Vorsitzende im Europäischen Parlament den Tierschutz zu kriminalisieren, unterstellen „Tierschutzextremismus“, (s. Ihre im Wortlaut angefügte Anfrage) und wehklagen in Schreiben an Tierschützer - ohne Konkretisierung - von nebulösen „lebensbedrohlichen Anschlägen“.

Dann haben Sie noch die Unverfrorenheit, auf Anfragen von empörten Tierfreunden zu behaupten "Der Tierschutz ist auch für uns als FDP und für mich persönlich ein wichtiges Anliegen" *.

Wirklich beachtlich Ihre Interpretationskünste und wirklich sehr originell Ihre Art, „wichtige (Tierschutz) Anliegen“ zu unterstützen: Zuerst dem Tierschutz tüchtig mit Verdächtigungen in den Hintern treten, dann noch pharisäerhaft mit nichts als leerem Geschwätz von großem FDP-Tierschutz-Engagement fabulieren. Die Diskrepanz zwischen salbungsvollen Lobhudeleien zum einen und dem dann tatsächlichen üblen Handeln ist schlicht ätzend; so trägt man die Glaubhaftigkeit einer Partei zu Grabe. Schämen Sie sich.

Dreistes, schlicht volksverdummendes Verhalten der FDP in Sachen Tierschutz scheint offenbar Programm zu sein in Ihrer Partei: Verwiesen wird beispielhaft auf wunderbar verständnisvoll tierfreundlich-formulierte Schreiben Ihrer Parteifreunde in der Sache „betäubungsloses Schächten“ - und dem dann tatsächlichen beschämenden Verhalten, hier dem FDP-Tierschutzbeauftragten (!) Hans-Michael Goldmann in den entscheidenden politischen Gremien vor dem Bundestag. Nachzulesen unter <http://www.arbeitskreis-tierschutz.de/Schaechten/Parteien.htm>, oder <http://www.schaechten-apg.org/page.php?32> - oder siehe auch Anlage.

Werte Frau Koch-Mehrin, Sie reden mit „zwei Zungen“. Ein Grundübel aller etablierten Parteien - aber die FDP weist hierbei wirklich eine ganz besondere Begabung auf.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Natürlich sind wir gegen Gewalt, gegen jegliche Gewalt. Dem Opfer ist es egal, ob ihm von linken oder rechten Chaoten, religiösen Extremisten, schwarzen oder weißen Gewalttätern der Schädel eingeschlagen wird. Nur unter Tierschützern werden Sie am wenigsten Gewaltbereite finden. Das widerspricht schon dem grundsätzlichen Anliegen der Tierschützer - diese wenden sich gegen jegliche Gewalt, eben auch die gegen unsere tierischen Mitgeschöpfe. Gesetzgebung und lasche Durchführungsbestimmungen legalisieren hier millionenfach Tierquälerei. Man muss leider umgekehrt konstatieren: Gerade Tiere sind vielfach schlicht "extremistischem Terrorismus" ihrer Halter ausgesetzt.

Offenbar haben Sie, im Brüsseler Politiker-Elfenbeinturm thronend, zuviel Zeit und Langeweile, um solche Phantastereien wie Ihre o.a. Anfrage auszubrüten. Kommen Sie auf den Boden der Tatsachen zurück und erkennen Sie die vielen kriminellen Untaten, die europaweit nur im Bereich der Tierhaltung/Tiertransporte existent sind. Es sei in diesem Zusammenhang beispielhaft konkret nur vielfacher Subventionsbetrug benannt. Hier ist Ihr tapferes Handeln gefragt, verehrte Frau "Volksvertreterin" Koch-Mehrin. Gerne sind wir Ihnen behilflich, in diesem Bereich entsprechende wichtige Anfragen für den EU-Rat vorzuformulieren!

Das Bild, das Sie sich von Menschen machen, die sich für den Schutz der Tiere einsetzen, ist falsch. Wir werden es gewiss verstehen, Ihr Agieren gegen den Tierschutz, das Versagen der FDP in Tierschutzangelegenheiten mit großem Engagement publik zu machen.

Freundliche Grüße

Ulrich Dittmann / 05.02.2010
Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.

*Koch-Mehrin-Schreiben vom Febr. d. J. u.a. an Tierschützerinnen G. Enders und I. Odaischi

Nach Redaktionsschluss: Nun erreichte uns nun doch noch eine Rückäußerung von Ferrero zu unserem Schreiben - siehe „**Käfigfrei-Kampagne**“, Seite 1. Man teilt uns mit, dass nur in zwei seiner 28 Marken, Eipulver, stammend aus verschiedenen Haltungsformen, verwandt werde. Zudem sei bereits "...eine Umstellung auf Bodenhaltung initiiert, aber auch Kleingruppenhaltungssysteme seien denkbar, denn sie gelten als tiergerecht". Letzteres ist natürlich unrichtig und inakzeptabel, das haben wir Ferrero auch unmissverständlich mitgeteilt.



Endlich ist es so weit!

Die Bildungsinitiative **ACHTUNG MITWELT** freut sich sehr, dass sie nun erstmalig auch in Deutschland eine **Seminarreihe zum Thema „MENSCH – TIER - BEZIEHUNG UND SCHULE“** anbieten kann.

Initiator dieser Seminare ist die Bildungsinitiative ACHTUNG MITWELT in Kooperation mit **SCHÜLER FÜR TIERE e.V.**

ACHTUNG MITWELT setzt sich dafür ein, Themen aus dem Bereich der MITWELT in die Bildungseinrichtungen einzubinden und verpflichtend zu behandeln.

Menschliches Verhalten hat Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen, Tieren, Pflanzen und auf natürliche Lebensräume. Aus diesem Grund sollten junge Menschen früh lernen, Zusammenhänge zu erkennen, sich in der Welt zurecht zu finden und verantwortlich / nachhaltig zu handeln. Nicht nur um der Tiere, sondern auch um der Menschen willen, ist es notwendig, die Mensch-Tier-Beziehung auf der Grundlage von Werten wie Humanität und Achtung neu zu gestalten. Denn gerade in der Mensch-Tier-Beziehung entwickeln sich bei Kindern und Jugendlichen Grundmuster, die auf die mitmenschlichen Beziehungen übertragen werden. Werden hier Stärke und Rücksichtslosigkeit gegenüber Schwächeren ausgelebt, so ist zu befürchten, dass diese als erfolgreich erlebten Verhaltensweisen später generell in der Gesellschaft angewandt werden. Dies zu verhindern, erfordert die Abkehr von einem würdelosen, allein auf

MENSCH-TIER-BEZIEHUNG UND SCHULE

den Nutzen des Menschen ausgeprägten Umgang mit den Tieren, hin zu einem fürsorglichen, würdevollen und respektvollen Verhalten gegenüber dem Mitlebewesen Tier. Der achtungsvolle Umgang der nachfolgenden Generation miteinander und mit der Mitwelt ist eine wichtige Voraussetzung zur zukunftsfähigen Entwicklung unserer Gesellschaft und dieser Erde.

In den schulischen Richtlinien und Lehrplänen spielt das Thema MITWELT eine eher untergeordnete Rolle, obwohl eine intensive Behandlung der Thematik in einer Gesellschaft, in der nicht nur die Gewalt gegen Tiere, sondern auch die Gewalt gegen Menschen zu-

nimmt, dringend erforderlich wäre. Nur sehr langsam verbreitet sich die Einsicht, dass eine „nachhaltige Entwicklung“ eine ganz neue Herausforderung auch für das Bildungssystem darstellt. Für dieses überaus komplexe Thema reicht es nicht aus, ein paar zusätzliche Unterrichtsstunden zum Umwelt- und Naturschutz, Klimaschutz, Tierschutz u.v.m. oder zur globalen Gerechtigkeit in den Lehrplan aufzunehmen. Vielmehr ist das Bildungssystem verantwortlich, jungen Menschen zu vermitteln, wie sie ihr Leben so gestalten können, dass sie für die globalen Herausforderungen der Zukunft gewappnet sind.

Eingeladen sind alle, die dazu beitragen wollen, den Mitweltgedanken in die Schulen zu tragen und zu verbreiten.

Ort: Bergisch Gladbach, **Datum:** 23./24. April 2010

Programm:

Freitag, 23. April 2010 17.30 - 21.00 Uhr

- Tierschutz als Bildungsauftrag
- Tierschutz ist Menschenschutz
- Vorstellung der Bildungsinitiative ACHTUNG MITWELT

Samstag, 24. April 2010 09.00 - 17.00 Uhr

- Tierschutz in die Schulen! – Aber wie?
- Tierschutz im Unterricht – Chancen und Möglichkeiten
- Vorstellung einer Unterrichtsreihe zu einem Tierschutzthema
- Präsentation von Schülerarbeiten (Klasse 3-11) zum Thema Tierschutz
- Ausblick auf die nachfolgenden Veranstaltungen

SeminarKosten einschließlich Materialien und Verpflegung 40 Euro, (Studenten, Schüler und Erwerbslose zahlen nur 30 Euro).

Anmeldung: E-mail: info@achtung-mitwelt.de, oder:
Bildungsinitiative ACHTUNG MITWELT
Regina Kowalzik
Franz-Coenen-Str.15
51429 Bergisch Gladbach
(Tel.: 02204/810789)

Weitere Informationen erhalten Sie im Internet unter:
www.achtung-mitwelt.de

Tierrechts- und Umweltseminar in Köln

Am Samstag, den 13. März 2010 veranstaltet PAKT e.V. in Köln ein Seminar, das sich besonders an Jugendliche ab 16 Jahren richtet.

Der erste Teil behandelt aktuelle Probleme des Umweltschutzes, der zweite zwei Beispiele aus dem Tierrecht. Die Vorträge finden im Hörsaal I der Universität zu Köln im WISO-Gebäude Ecke Universitätsstraße/Bachemer Straße statt. Das WISO ist auch durch das Hauptgebäude am Albert-Magnus-Platz erreichbar.

Tierrechtsthemen: Missbrauch von Arzneimitteln in der Nutztierhaltung und die Auswirkungen auf den Menschen. – Subventionen im Allgemeinen, insbesondere das Verbot subventionierter Lebend-Tiertransporte.

Programm und Nachfragen bei Hannelore Thomas, Tel. 022155402920; 016356565664; Fax 022155402910;
HanneloreThomas@koeln-komplett.com



Tätigkeitsbericht, März 2009 – Februar 2010

Europäische Union: Anlässlich der Europa-Wahl wurden alle deutschen Kandidaten zur Tierschutzpolitik befragt, so zur Verwirklichung des „Aktionsplans zum Tierschutz, 2006-2010“ der Kommission; Brief an die deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament zur Novellierung der EU-Richtlinie zum Schutz von Versuchstieren (ausführliche Antwort nur von einem Abgeordneten); Schreiben an Bundesministerin Ilse Aigner wegen ihrer Abstimmung zu dieser Richtlinie im Ministerrat (Aufforderung, für den Kommissions-Vorschlag zu stimmen); Schreiben an die deutschen Abgeordneten in den drei involvierten Ausschüssen des Parlaments, ferner an alle rumänischen Abgeordneten.

Teilnahme an Kampagnen: Seit März 2009 ist PAKT Partner des Tierschutzbündnisses „Kaninchenmast, nein danke“, seit Juli Teilnahme an der Käfigeier-Kampagne der „Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt“ sowie an der „Pro-Vieh“-Kampagne gegen die Ferkelkastration. Die Kampagne zur Nichtverwendung der Käfigeier fand eine durchweg positive Resonanz bei der Back- und Süßwarenindustrie (Ausnahme: Ferrero). Ebenso erfolgreich war die Kampagne gegen die Ferkelkastration bei den Unternehmen McDonalds' und Burger King.

Stellungnahme: Bezeichnenderweise legte weder die EU-Kommission noch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) im Berichtszeitraum Referentenentwürfe vor, sodass im Gegensatz zu den Vorjahren PAKT keine Stellungnahmen abgeben konnte. Im Mai veröffentlichte die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen den Entwurf eines neuen Tierschutzgesetzes, zu dem PAKT Vorschläge zur Ergänzung und Verbesserung einreichte. Diesen Gesetzentwurf stellten die Grünen im Februar in Nordrhein-Westfalen im Rahmen einer Anhörung vor, an der PAKT mit zwei Vertretern teilnahm.

Tiertransporte nach Libyen: Wie bereits in „AK/PAKT-aktuell“ 4/2009 dokumentiert, hatte PAKT auf ein Antwortschreiben von Min-

Dir Kühnle am 14. September ausführlich reagiert. Nachdem daraufhin keine weitere Post vom Herrn Kühnle eintraf, PAKT dieses Thema jedoch nicht als erledigt betrachten konnte, machten wir diesen Skandal weiterhin bei anderen Tierschützern bekannt, verbunden mit der Aufforderung, ebenfalls an das BMELV zu schreiben. Auch J. Fincke schrieb an 60 Adressaten. Die angeforderte „Protokollerklärung über die Zusammenarbeit im Bereich der Tiergesundheit“ vom 3. Juli 2009 zwischen Libyen und dem BMELV erbrachte keine weiteren Informationen über Zahl und Zeitraum sowie über das Schicksal der exportierten Rinder.

Der gesamte Schriftwechsel mit dem BMELV wurde an BM Aigner übermittelt.

An diesem - nur exemplarischen (!) - Beispiel mit Libyen zeigt sich das Dilemma, die Grenze der Einflussmöglichkeit der Tierschützer. Da wird ein Handelsvertrag mit einem islamischen Nicht - EU - Staat abgeschlossen, von dem wir erst indirekt im nachhinein erfahren. Dieser Handelsvertrag, auf dessen Grundlage diese Rinderexporte erfolgen, ist tierschutzwidrig 1. wegen der überlangen Transportzeiten und der Außerkraftsetzung der EU-Transport-VO, 2. wegen des zu erwartenden betäubungslosen Schächtens in Libyen, was gegen unser Tierschutzgesetz § 4a verstößt. Dann erfolgen von einigen Tierschutzorganisationen Protestschreiben (die drei Staatssekretäre hatten gar nicht geantwortet!), welche ausweichend beantwortet werden; Proteste, die natürlich an dem abgeschlossenen Handelsvertrag und dessen Erfüllung nichts ändern. In diesem Zusammenhang wird auch die untergeordnete und machtlose Stellung des sog. Tierschutzreferats 321 offenkundig, eines von acht Referaten in einer von mehreren Abteilungen im BMELV. („Auf jeden Fall sollte überdacht werden, welchen Sinn das Referat Tierschutz im BMELV macht bzw. welche Bedeutung ihm zuzumessen ist.“ J. Fincke an BM Aigner).

Sodomie: Im Januar nahm sich PAKT des Themas Sodomie an und sandte ein ausführlich begründetes „Plädoyer für die Wiedereinführung der Strafbarkeit im Strafbuch und im Tierschutzgesetz“ an die BM Aigner und Leutheusser-Schnarrenberger, die Rechtsausschüsse von Bundesrat und Bun-

destag, die Tierschutzbeauftragten der Bundestagsfraktionen, an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Recht in der Unionsfraktion. Darin heißt es ein eingehend:

„Die im Zuge der Strafrechtsreform von 1969 aufgehobene Strafbarkeit der Sodomie war aus Sicht des Tierschutzes ein Fehler. Denn mit der Straffreiheit wird diese Form des Tiermissbrauchs, der körperlichen und emotionalen Tierausbeutung als Enttabuisierung, Billigung, Verharmlosung, Erlaubnis, Begünstigung und Legalisierung verstanden. Die Argumentation, sie sei durch den Tatbestand der Tierquälerei (§ 17,2; § 18 (1)1 TierSchG) erfasst, überzeugt nicht, weil der Nachweis von ‚erheblichen Schmerzen, Leiden oder Schäden‘ kaum zu erbringen ist, und diese Paragraphen psychische Schäden und Verhaltensstörungen unberücksichtigt lassen. Gerade diese bleiben nach sexuellem Missbrauch unerkannt und ungeahndet.“

Zustimmend antwortete die Tierschutzbeauftragte der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ablehnend der SPD-Beauftragte sowie die beiden Bundesministerien BMELV und BMJ.

Weitere Schreiben an Behörden (Auswahl):

März Protestbrief an BM Aigner gegen das Rodeo wegen fehlender tierschutzrechtlicher Regelungen für Rodeoveranstaltungen. - Gemeinsames Schreiben mit „Tier & Mensch e.V.“ an die SPD-Schatzmeisterin und Zuständige für Verbraucherschutz zur geplanten Ausweitung der industriellen Intensiv- Massentierhaltung (Sept.) - Im Oktober anlässlich der Koalitionsverhandlungen an die Bundeskanzlerin sowie an BM Aigner wegen Einrichtung eines Bundesbeauftragten für Tierschutz. (Ablehnung wegen vermeintlich mangelnder Effektivität und sich überschneidender Kompetenzen; Verweis auf die Tierschutzkommission). - November an BM Aigner und Staatssekretär Dr. Müller wegen des 500-Millionen-Förderprogramms für Grünland-Milchbauern (Vorschläge zur Mittelverwendung). Antwort an Dr. Müller zum Grünlandprogramm. - Offener Brief an Ministerpräsident Erdogan in deutsch und türkisch (u.a. zum Schlachtbetrieb R. Altinküpe), ferner Schreiben an das türkische Generalkonsulat in Düsseldorf mit der Bitte um ein Gespräch. - Schreiben an BM Aigner im Dezember zur dringend nötigen Aktualisierung der Geflügelpest-

schutz-VO (Forderung nach Aufhebung der generellen Stallpflicht), mitunterzeichnet von 16 weiteren Organisationen. Nachfrage im Februar wegen ausgebliebener Beantwortung. –

Briefwechsel und Gespräche J. Fincke und Dr. A. Welzel vom Tierschutzreferat des BMELV zu verschiedenen Themen, darunter die Rinderexporte nach Libyen. Schreiben von J. Fincke an BM Aigner wegen der Rindertransporte nach Russland und Libyen sowie an den Petitionsausschuss des Landes Brandenburg zum Verbandsklagerecht. Kontakt J. Fincke zu Prof. Dr. Tack, Agrarpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke in Mecklenburg-Vorpommern.

Pressemitteilungen: Diese gingen zu verschiedenen Themen bzw. Anlässen hinaus, so bezüglich der Schweinegrippe; zur Geflügelmast; Warnung vor Seuchen durch die industrielle Intensiv - Massentierhaltung; zu Geflügelpest und Seuchenpolitik mit der Forderung nach Änderung der Geflügelpestschutzverordnung (Stallpflicht). Ferner zum Schächt-Opferfest Kuban Bayrami (PAKT-Außenstelle Nürnberg). Zusammen mit „Tier & Mensch e.V.“ zum länderübergreifenden Projekt „Constanze“ und „WUV“ zur Fahndung nach der „Vogelgrippe“ bei Wildvögeln.

Außenstelle Hamburg (Elisabeth Petras): Auch in diesem Jahr habe ich für PAKT an Fachveranstaltungen z. B. des Instituts für Tierschutz und Tierhaltung in Celle teilgenommen. Es ist unser Anliegen, mit Tierschutzanliegen dort zumindest vertreten zu sein, als kleines Gegengewicht zu den Agroindustriellen, die ja die große finanzielle Macht stellen. Auch ist es auf diesen Veranstaltungen zumeist möglich, Kontakte zu knüpfen, die im Folgenden hilfreich sein können.

Wie auch zuvor vertrat ich PAKT auch im "Tierschutzbündnis Schleswig-Holstein", einem Verbund aller im Tierschutz tätigen Organisationen. Auch in Hamburg halten wir Tierschützer untereinander Kontakt, es gibt dort jedoch leider kein Gesamtbündnis.

Gemeinsam mit "Schüler für Tiere e. V." und der Initiative "Tierschutz im Unterricht" gestalteten wir einen Stand auf dem Kirchentag im Mai in Bremen. Diese Kooperation wurde von mir angeregt und organisiert, auch der Aufbau hing zum großen Teil an mir, obgleich ich nicht motorisiert bin. Ohne Hilfe vieler lieber Menschen, besonders Regina Kowalzik und Sabine Lupfert von Schüler für Tiere, Astrid

Reinke von Ärzten gegen Tierversuche, die für einen der Tische sorgte und die Tierschutzlehrerinnen Simone Schröder, Angela Grubschat und Catrin Freiberg hätte dies nicht geklappt, allen möchte ich auf diesem Wege nochmals herzlich danken!

Es gab eine intensive und andauernde Auseinandersetzung und Aufklärung zu den Übertragungswegen der Vogelgrippe und deren falscher Bekämpfung, Argumentationen zur Abschaffung der Stallpflicht als kontraproduktiver Maßnahme hinsichtlich der Vogel- und Schweinegrippe. Wiederholte Kritik an der an den Ursachen vorbeigehenden Seuchenpolitik zu Lasten der Freilandhalter.

Eine konzertierte Aktion "Stop Stallpflicht" leiteten wir gegen Ende des Jahres gemeinsam mit 15 weiteren Verbänden aus Tierschutz und Landwirtschaft (!), sowie zwei Privatinitiativen ein. Gemeinsam wurde ein Brief an Frau Aigner formuliert, der immer wieder auf die Bedürfnisse neu hinzukommender Mitstreiter abgestimmt werden musste und der schließlich im gemeinsamen Konsens verabschiedet wurde. Hier engagierte sich neben vielen Wissenschaftlern, die uns beratend zur Seite standen, besonders Karin Ulich sehr stark, übernahm etliche Überarbeitungen und warb um neue Mitstreiter.

Protestschreiben an das BMELV wegen der Agrarexporte und gegen die Exportsubventionen zur Stützung der Großbetriebe. – Pressemitteilung „Tierschützer warnen vor Seuchen durch Massentierhaltung“ anlässlich der Schweinegrippe-„Pandemie“. – Stellungnahme zur Blauzungenkrankheit im Zusammenhang mit den Tiertransporten. – Kommentar zum Wiesenhofskandal. – Kritische Auseinandersetzung mit dem „Lernort Bauernhof“; insbesondere mit den Schweine- und Putenhaltungen. – Wahlanfragen zur Bundestagswahl, darunter ausführlicher Brief an Steinmeier zu Agrarpolitik und Tierschutz. – Mehrere Schreiben zu Schweinegrippe, -haltungen und -erkrankungen. – Nahezu täglich Leserbriefe an Zeitungen oder Fachdienste wie „agrarheute“ und „Proplanta“ vornehmlich zum Bereich Landwirtschaft und Tierschutz, Schwerpunkt Problematik der Stallpflicht. – Aktive Teilnahme an der Anhörung und Protestversammlung in Wietze (Kreis Celle) am 16. Februar gegen die geplante Großschlachtereier für Masthühner; ausführlicher Bericht und Bewertung der Versammlung. –

Mir ist es sehr wichtig, alle interessierten Kräfte unter einen Hut zu

bekommen. Zweckbündnisse halte ich für uns Vereine für unumgänglich, denn nur so können wir der Lobby der Agroindustriellen eine starke Kraft entgegensetzen. Daher befürworte ich auch die Zusammenarbeit mit tierfreundlichen Landwirten, wo es der Sache dient. Zudem habe ich wie üblich (meistens namens PAKT) Hunderte von Leserbriefen oder Internet-Kommentaren zu unterschiedlichen Themen geschrieben und tierliebe Menschen telefonisch beraten.

Außenstelle Kassel (Hans Gast):

Ausarbeitung eines Satzungstextes mit Anlagen für den „Arbeitskreis Deutsche TierschutzlehrerInnen“ zwecks Vereinsgründung. – Schreiben an die Botschaft Kanadas wegen der Robbenabschlachtungen. – Schreiben an die Stadt Kassel (Tierschutz bei Zirkustieren), Gastspiel Zirkus Universal Renz, wegen mangelhafter Haltung und brutaler Trainingsmethoden. Mehranfertigung an einzelne Stadtverordneten-Fraktionen. – Teilnahme Besprechung „Bündnis deutschsprachiger Tierrechts- und Tierrechtsorganisationen“ in Frankfurt/M. – Teilnahme Tagung des „AK der TierschutzlehrerInnen“. – Fachaufsichtsbeschwerde gegen die Stadt Kassel, Untere Tierschutzbehörde, wegen Nichtversorgung von zehn Entenküken, auch an den Reg.Präsidenten Kassel, Obere Tierschutzbehörde. Pressemitteilung in dieser Sache. – Teilnahme an der Jahresmitgliederversammlung des „BV Menschen für Tierrechte e.V.“ in Frankfurt/M. in Vertretung von E. Guhde. – Anzeige wegen ungenügenden Schutzes gegen Sonneneinstrahlung, langandauernden Regen und Wind bei der Schafhaltung auf einem Gartengrundstück beim Veterinäramt Kassel. – Anzeige beim Stadtveterinäramt wegen fehlender Eierkennzeichnung der Fa. Schild und Rumpf in zwei Einkaufszentren in Kassel (Loseverkauf von Eiern). – Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Hildesheim bezüglich der Garantenstellung des Amtstierarztes des Landkreises Hildesheim. – Schreiben an den Vorsitzenden der SPD-Stadtdverordneten-Fraktion wegen Kopie des Antrages als „Magistrats-Beschlussvorlage 124/2009“, Berücksichtigung des Tierschutzrechts bei der Überlassung städtischer Zirkusstandplätze durch ein Verbot der Haltung bestimmter Wildtiere im Zirkus bei Gastspielen in Kassel. – Schreiben an SPD-Stadträtin vom Magistrat Kassel wegen Jagdausübung in zwei Kasseler Naturschutzgebieten. Beide als Weltkulturerbe beantragt.

- Exposé zum Thema „Welterbe Wattenmeer“. - Schreiben an Tierärztin D. Planke, Berlin, mit Unterlagenzusammenstellung über Standplatzvergabe für Zirkusse lt. PAKT-Rundschreiben 2006/07 an verschiedene Städte in Deutschland für ihre Dissertationsarbeit. - Schreiben an den Magistrat Kassel, Umwelt- und Gartenamt u.a. wegen Wildvögelfütterungen. - Teilnahme Tagung der Evangel. Akademie Hofgeismar „Leben ist Vielfalt. Bedrohung und Schutz von Wild- und Haustieren“. - Strafanzeige Staatsanwaltschaft Kassel wegen Verdachts auf Verstoß gegen das Tierschutzgesetz seitens zweier Privatpersonen. - Schreiben an die „Katzenfreunde Norddeutschland e.V.“ zum Fundtierrecht. - Schreiben an den Präsidenten des Dt. Bundestags zur „Mäuseplage“ im Bundestag.

Außenstelle Nürnberg (Lydia Brunner): Diese Außenstelle konnte krankheitsbedingt die Mitarbeit bei PAKT nicht wie angekündigt in der erforderlichen Weise über das Jahr 2009 hinweg ausführen.- Einige Schreiben an verschiedene Adressaten gingen an Presse, Ministerien, Regierungen und Botschaften, in denen Tiermissbräuche und -quälereien angeprangert wurden. Sie betrafen die Themen Schächten, Tierversuche und die Vogeljagd. - Schreiben an die bayerischen Fraktionen von CSU, SPD, FDP und Die Linke mit einer Anfrage zum betäubungslosen Schächten. - Pressemitteilung: Islamisches Schächt-Opferfest "Kurban Bayrami" vom 27. - 30. November 2009 an zehn verschiedene Zeitungsredaktionen in Bayern. - Schreiben an österreichischen Minister für Wissenschaft und For-

schung und an verschiedene Institutionen wegen genehmigter Tierversuche "Schweine als Lawinenopfer". - Protestbriefe an Regierungen, Minister und den jeweiligen Botschafter von Rumänien, Mallorca und Italien sowie an die dortigen deutschen Vertretungen. Korrespondenz mit den deutschen Botschaften auf Malta und Zypern wegen der Vogeljagd.

Webseite von PAKT: Mit der technischen Hilfe von Jörg Wieprzeck wurde die Webseite regelmäßig mit neuen Beiträgen erweitert. Mitte Februar enthielt sie 150 eigene und 91 Fremdartikel (Gesetzestexte u.ä.), auch Links. Eine vorläufige neue, verbesserte Analyse der Zugriffe ergab, dass unsere Webseite kaum Normalbürger interessiert, sondern vorwiegend spezielle Aspekte des Tierschutzes behandelt und somit hauptsächlich Fachleute anspricht. Zielgruppe sind fortgeschrittene Tierschützer und Tierrechtler, auch Politiker bzw. Nutzer, die bereits Vorkenntnisse haben. Angesichts der „Konkurrenz“ weiterer Hunderter Webseiten auf dem Gebiet des Tierschutzes und der Tierrechte muss sich unsere Webseite als Nischenangebot behaupten.

Verschiedenes: Seit März Mitwirkung im Netzwerk-Internet-Portal www.wer-weis-was.de, Bereich Tierschutz (Beantwortung von Fragen). Im Juni Aufforderung an unsere Mitglieder, an die Fernsehanstalten zu schreiben, damit diese bei ihren Koch-Sendungen auch vegetarische Gerichte demonstrieren und empfehlen.
August *halbstündiges Fernseh-Interview von E. Guhde als PAKT-*

Vors. mit dem Sender NRW TV zu Themen der Tierhaltung und Tierschutzpolitik.

Im November wurden 32 Kalenderverlage angeschrieben mit dem Vorschlag, den Welttierschutztag (4.Oktober) zu verzeichnen, allerdings ohne positive Resonanz. Ebenso wenig Resonanz fand unser Vorschlag bei der Bundesanstalt für Post, zum Welttierschutztag eine Sonder-Briefmarke herauszugeben. E-Mail-Aktion zum Opferfest Kurban Bayrami.

Zusammen mit anderen Organisationen erstattete PAKT im Januar Strafanzeige gegen Revierinhaber und Jagdleiter wegen Verstoßes gegen § 17 Tierschutzgesetz im Zuge einer revier- übergreifenden Wildschweinjagd.

Februar Teilnahme an einer Veranstaltung der Landesarbeitsgemeinschaft Landwirtschaft der Grünen/NRW in Schwerte zum Entwurf eines neuen Tierschutzgesetzes der Grünen Bundestagsfraktion (M.Thau, E. Guhde).

Korrespondenzen mit Tierschützern zu verschiedenen Themen; Erledigung von Anfragen; Versand von Texten und Materialien; nahezu täglich elektronische Proteste und Petitionen.

Außenstelle Köln (H. Thomas): Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Stadtauben Köln; Planung des PAKT- Tierrechts- und Umweltseminars in Köln am 13. März 2010. Verlegung der Bundesgeschäftsstelle aus dem Umwelt-Zentrum in Düsseldorf-Bilk in die Wohnung von E. Guhde in D.-Düsseltal aus persönlichem und finanziellem Grund im April 2009 (notwendige Einsparung von € 2.340,- jährlich).

Edgar Guhde
19.02.2010

PAKT - Mitgliederversammlung

Liebe Mitglieder,

hiermit lade ich Sie zur diesjährigen ordentlichen

Jahres-Mitgliederversammlung

ein.

Ort: Umwelt-Zentrum Düsseldorf, Merowingerstr. 88, 40225 Düsseldorf. Das Umwelt-Zentrum liegt 200 m von der BAB 46, Abfahrt Düsseldorf-Bilk. Nächster S-Bahnhof Bf. Bilk. (Vom Hauptbahnhof S-Bahnen S 8 und 11 Richtung Mönchengladbach/Neuss, 2. Station Bilk. Von dort 15 Min. Fußweg, linke Seite, Eingang Straßenbahn-Depot, rechtes Gebäude)

Datum: Sonnabend, 10. April 2010

Beginn: 15.00 h. Ende: Offen

Edgar Guhde, 26.02.2010

(Eine weitere Einladung per Post erfolgt nicht)

Vorläufige Tagesordnung:

Wahl eines Versammlungsleiters und Protokollführers;
Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit;
Verabschiedung der Tagesordnung;
Bericht des Vorsitzenden;
Aussprache über die bisherige und künftige Tätigkeit von PAKT;
Kassenbericht für das Jahr 2009;
Berichte der Kassenprüfer;
Entlastung des Vorstands;
Antrag A. Maniewski: PAKT möge Mitglied des Deutschen Tierschutzbundes werden;
Verschiedenes;

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Spendern, ohne die unsere Tätigkeit nicht möglich wäre.

Schächten – die politische Lage

Unter den Regierungen Kohl wurde die Schächtpraxis per Duldung der Landesministerien Bayerns, Berlins und Hessens aus Gründen der Vergangenheitsbewältigung und des resultierenden amtlichen Schuld-komplexes vorbereitet und mit einem politischen Gerichtsurteil zum Ausnahmerecht für moslemische Gläubiger erhoben, das stellvertretend die Erlaubnis für die Schlachtpraxis jüdischer Orthodoxer nachträglich legalisierte, um von diesen den Druck öffentlicher Empörung zu nehmen. Betäubungsloses Schächten ist ein archaischer Vorgang, der der europäischen Kultur fremd und mit dieser nicht vereinbar ist.

Schächterlaubnisse werden in Deutschland ausschliesslich von Gläubigen muslimischer Religion gefordert und lassen sich interpretierbar variabel einschränken. Die Schächterlaubnisse für Muslime würden als Alibi für die jüdischen Orthodoxen dann entbehrlich, wenn letztere in einem Wandel zum Liberalismus nicht mehr auf dieser Praxis bestehen würden. Den Muslimen schuldet Deutschland rein garnichts.

Die streng orthodoxe, starrköpfige, Einstellung der maßgeblichen Vertreter des Zentralrats der Juden sieht sich ausserstande, ihre Standpunkte in dieser Sache zu liberalisieren und fürchtet einerseits eine Lockerung mit einhergehendem Verlust disziplinarischer interner Ordnung und eine Aufwertung der Opposition in den eigenen Reihen, die durchaus in großem Um-

fang vorhanden ist und lediglich bar nennenswertem medialem Einfluss einen vernachlässigbaren Wert suggeriert. Das gilt sowohl für Deutschland als auch für Österreich und lässt sich durch die Intoleranz und Enge der manifestierten Basisideologie insbesondere der öffentlich-rechtlichen Medienanstalten erklären.

Ausgehend von einer politischen Gerichtsbarkeit oberhalb der Oberlandesgerichtsebenen erscheint der tierrechtliche Kampf auf juristischer Ebene solange aussichtslos, als die Doktrin der deutschen Verpflichtung aus historischer Vergangenheit nicht durch den Wunsch der Normalisierung zwischen beiden Völkern abgelöst wird, die aus dem genannten Grund sowohl von der Ostküste wie ebenfalls seitens des offiziellen Israel unerwünscht ist und abgelehnt wird. Zumindest von den offiziellen Stellen mit Alleinvertretungsanspruch und den hiesigen servilen Politik- und Medienseilschaften, die sich aus dem status quo privaten Nutzen versprechen oder einer verschrobene Ideologie des Selbsthasses verhaftet sind.

Schächten ist somit zur Institution geworden. Zur erklärten Staatsräson in Stellvertretung. Schächten wird als Voraussetzung zur Erhaltung der Macht verschiedener Interessengruppen in Kauf genommen und erlaubt ein Abbild der involvierten Charaktere, die zumindest als ausserordentlich skrupellos bezeichnet werden dürfen. Schächten ist überdies das Instrument, eine unerwünschte, weil unprofitable Normalisierung zu verhindern.

Bar Einfluss und Stimme bleibt dem Tierschutz kaum mehr als das Prinzip der Hoffnung. Auf politischer Ebene können wir von der gegen-

wärtigen Regierungskoalition und Opposition allenfalls marginale Fortschritte ohne grundsätzliche Bedeutung auf mittelfristige Sicht erwarten. Ein Dialog mit den Vertretern des Zentralrats wird uns beharrlich verwehrt. Medial werden wir tabuisiert. Der Generationenwechsel in den Medien lässt auf sich warten und muss nicht unbedingt unverkrampter ausfallen. Wahlpolitisch sind wir solange unbedeutend, als die Tierschutzpartei nicht mit wenigstens drei Prozent aufwarten kann. Dennoch ist ein Weiter wie bisher unerlässlich, um zumindest ein geringes Protestpotential zu erhalten und zu nähren. Überdies müssen neue Konzepte entwickelt werden wie vorbehaltlose Kontaktaufnahme und Pflege zur jüdischen Opposition und zu den muslimischen Vertretungen, ebenso Kontaktaufnahme und Pflege mit der jeweiligen Basis der Unionsparteien und der FDP, um von unten allmählich einen Erwartungsdruck aufzubauen. Schaffung eines elektronischen Nachrichtenkurzbriefes mit wöchentlicher Erscheinung und Zielgruppe ausserhalb des Tierschutzspektrums, dessen Finanzierung der Tierschutzfonds mittelfristig übernehmen könnte. Wirkung auf die Vereine, sich der Werbung zu erinnern, um durch prägnante Kurzgestaltungen Tierschutz in das öffentliche Tagesbewusstsein zu befördern.

Wir müssen uns bewusst sein, dass Schächten in Deutschland solange Institution bleiben wird, als der Zentralrat der Juden sich nicht einsichtig zeigt.

Spielen wir alle Parteien intelligent gegeneinander aus.

Bernd-Wolfgang Meyer

Buchempfehlung: **Totentanz der Tiere** – Dr. G. Bleibohm/H. Hoos –

Schonungslose Bemerkungen zu Tierelend, Jagd und Kirche

ISBN 978-3-938889-81-7; 174 S.; 19 SW-Fotos, Format 13x21 cm, Preis: EUR 14,80 (CHF24,-)

Verlag: www.geistkirch.de

Dr. Gunter Bleibohm und Harald Hoos bringen es in "Totentanz der Tiere" auf den Punkt: Es gibt keine Tierspezies hier auf Erden, die nicht unter der Knute der "(Dornen-)Krone der Schöpfung" ächzt und stöhnt. Insbesondere das Jagdgeschehen wird auf's Korn genommen wie auch die Amtskirchen, die all das anachronistische, lebensverachtende Tun der Lodenfraktion mit theatermäßig inszenierten Hubertusmessen absegnen und Tiere zu bloßen Ressourcen degradieren: Schlimm, welch üble

Fehler der liebe Gott bei seiner Schöpfung gemacht hat und neben böartigem, konkurrierendem Raubzeug, wie Füchsen, streunenden Hunden, und Katzen, Grünzeug äsendem Rehwild, gar auch wühlende Wildschweine und andere störende Tiere schuf.

Die Irrungen anthropozentrischer Denkweisen aufzuzeigen ist Intention der beiden Autoren. Da sie sich dabei einer deutlichen Sprache bedienen, Klartext formulieren, fernab heute üblicher Political-correctness-Leerformeln, ist ein

Auffaulen der Tiernutzer gewisslich vorprogrammiert.

Fazit:
Ein sehr lesenswertes Buch für Tierschützer, Jagdgegner, aber auch für Tiernutzer, Jagdbefürworter - es kann sehr zu ihrer Wissenserweiterung beitragen.

Ulrich Dittmann. 17.02.2010

